

## **PRESSEINFORMATION 69/2025**

Neues Grundsatzpapier fokussiert Wohnraumpolitik

### **Schneller & mehr bauen – sonst entwickelt sich Mangel an Wohnräumen zum nächsten Standortrisiko**

Stuttgart, 08. Dezember 2025 – Mit der Verabschiedung des neuen, zwölfseitigen Grundsatzpapiers „Möglichkeiten zur Schaffung von Wohnraum“ macht der Baden-Württembergische Industrie- und Handelskammertag (BWIHK) deutlich: Bezahlbarer und ausreichend vorhandener Wohnraum ist mit Blick auf die Fachkräftesicherung vor Ort sowie die Gewinnung qualifizierter Fachkräfte aus aller Welt zu einem zentralen Faktor für den Erfolg Baden-Württembergs als Lebens- und Arbeitsstandort geworden. „Die Wohnraumknappheit ist ein echtes Problem im Land – fehlende, bezahlbare Wohnungen verschärfen den Mangel an qualifizierten Mitarbeitenden, hemmen Zuwanderung beruflich Qualifizierter oder von Nachwuchstalenten und bremsen damit auch unternehmerische Innovation und Investitionen. Das schwächt die Wettbewerbsfähigkeit Baden-Württembergs zusätzlich, die ohnehin mit vielen strukturellen Nachteilen im internationalen Vergleich zu kämpfen hat“, betont Thilo Rentschler, Hauptgeschäftsführer der IHK Ostwürttemberg. Die IHK ist im Baden-Württembergischen Industrie- und Handelskammertag (BWIHK) in Sachen Wohnen und Bauen für alle zwölf IHKs federführend.

Die rückläufige Bautätigkeit und die schwierigen Rahmenbedingungen für die Bauwirtschaft erhöhten den Handlungsdruck zusätzlich, so Rentschler weiter. Es brauche jetzt mit Blick auf die neue Landesregierung nach der Wahl im März 2026 verlässliche, wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen, die den Wohnungsbau ankurbelten und eine günstigere Bauweise erleichterten. Dabei dürfe die Entwicklung von Wohnraum für Arbeits- und Fachkräfte aber nicht zulasten von Gewerbeflächen gehen. Deshalb bündelt das zwölfseitige Grundsatzpapier zentrale Handlungsfelder und formuliert konkrete Anforderungen für Landes- und Bundespolitik sowie die kommunale Ebene. Zu den Schwerpunkten zählen: Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung, strategische Flächenentwicklung und effiziente Flächenbereitstellung, Bürokratieabbau und entsprechende Baustandards, digitale Transformation der Bauwirtschaft sowie eine Stärkung der Marktmechanismen für mehr Investitionsanreize.

„Auch Verbesserungen bei Förderungen, wie z. B. verbesserte AfA und Senkung der Grunderwerbsteuer, sowie bei der Finanzierung sind geboten, um insbesondere Neubauvorhaben zu forcieren und gleichzeitig die Bestandsentwicklung zu unterstützen. Wir müssen schneller

und wir müssen mehr bauen – sonst entwickelt sich Mangel an Wohnräumen zum nächsten strukturellen Standortrisiko. Deshalb ist es eine echte Gemeinschaftsaufgabe von Politik und Wirtschaft, in der kommenden Legislatur für noch mehr Tempo und weniger Hürden beim Wohnungsbau sorgen. Unser Papier gibt dafür viele Impulse, zeigt Handlungsfelder mit Blick auf Bund, Land und Kommunen für jede Ebene auf.“

Ansprechpartner für Medienschaffende:

BWIHK | FF Wohnen & Bauen  
IHK Ostwürttemberg  
Sascha Kurz  
Telefon: 07321 324-129  
E-Mail: [kurz@ostwuerttemberg.ihk.de](mailto:kurz@ostwuerttemberg.ihk.de)

Diese und weitere Pressemeldungen finden Sie [hier](#). Das Grundsatzpapier [dort](#).

Der Baden-Württembergische Industrie- und Handelskammertag (BWIHK) ist eine Vereinigung der zwölf baden-württembergischen Industrie- und Handelskammern (IHKs). In Baden-Württemberg vertreten die zwölf IHKs die Interessen von weit mehr als 650.000 Mitgliedsunternehmen. Zweck des BWIHK ist es, in allen die baden-württembergische Wirtschaft und die Mitgliedskammern insgesamt betreffenden Belangen gemeinsame Auffassungen zu erzielen und diese gegenüber der Landes-, Bundes- und Europapolitik sowie der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) und anderen Institutionen zu vertreten.